

**Bezugspreise:**  
Die Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich  
22.50 Mark, jährlich die Post monatlich  
24.50 Mark, die halbjährlich 24.75 Mark,  
einmalige Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Rich-  
tungen aus an den Reichs-  
postamtlichen angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Cale-Zeitungen eingetragen. Für  
unverlangt eingehende Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe, Halle-Zeitung ge-  
statet. Ferner der Geschäftsleitung Nr. 1140,  
der Anzeigenleitung Nr. 1103  
u. 1133, der Bezugsleitung Nr. 1139.

**Morgen-Ausgabe.**

# Halle-Zeitung

**Funfundfünfzigster Jahrgang.**

**Anzeigenpreise:**  
Die 2. Spalte 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,  
Sammlungszeilen 40 Pf., Restraum  
die 2. mm breite Millimeterzeile  
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche  
Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort:  
Halle. Erhöht täglich 2 mal,  
nämlich von 10 bis 12 Uhr  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Drome-  
nade 1a, St. Deubausstr. 17.  
Große Geschäftsstellen: Große  
Mühlstr. 22 und Markt 24.  
Hofstr. 2-Rente Leipzig Nr. 228 15.

**Nr. 361.**

**Halle, Freitag, den 5. August 1921.**

**Einzelpreis 30 Pfg.**

## Ententepolitik der Vorkriegszeit.

**Dr. Herz, Geschäftsführer des parlamentarischen Unter-  
suchungsausschusses.**

Während die deutschen und österreichischen Archive aus der Zeit von der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand bis zum Kriegsausbruch offen sind, hatten unsere Feinde sie ängstlich geschlossen. Farbentwürfe über einzelne Vorgänge, deren Vollständigkeit nicht nachzuprüfen ist, Indiscretion einzelner Führer, die sich in die richtige benga- lische Beleuchtung sehen wollen, und dabei allerdings manch- mal recht verhängliche Dinge ausplaudern, sind das einzige, was bisher über die Vorgänge hinter den Kulissen der Entente bekannt geworden ist. Wichtiges authentisches Mate- rial brachten die von Schwefelger herausgegebenen sogenann- ten belgischen Verhandlungsberichte. Doch auch das war kein Material aus erster Hand, es waren nur Beobach- tungen, Eindrücke kluger, um das Schicksal ihres gefähr- lichen Landes besorgter, aber am großen Spiel unbeteiligter Diplomaten. Jetzt hat der ehemalige Sekretär der kaiser- lich russischen Botschaft in London, B. v. Siebert, „Diploma- tische Anekdoten zur Geschichte der Ententepolitik der Vor- kriegszeit“ veröffentlicht. Es sind mehr als 800 schriftliche Telegramme, Geheimberichte, Privatbriefe, Briefe, offizielle Berichte, die die Zeit von 1908 bis 1914 umfassen. In 21 Kapiteln, mit einem sehr eingehenden Inhaltsver- zeichnis versehen, behandeln sie die Balkanpolitik, England und Rußland in Persien, ostasiatische Fragen, Bagdadbahn, Marokko, Italiens Stellung im Dreieck, Balkan und Türkei, und die beiden Wädtegruppen in Europa.

Die erste Veröffentlichung dieser wichtigen Urkunden hatte in der amerikanischen Heftpresse im März d. J. be- gonnen. Bei ihrer Veröffentlichung war mitgeteilt worden, daß die englische Regierung 500 000 £ für die Unterdrückung geboten habe. Das kann ganz gut möglich sein, denn die von der Entente mit soviel Geld und so großer Beharr- lichkeit verbreitete Mär von dem friedfertigen Dreieck und den kriegsaffinen, überaltherbereiten Mittelmächten wird gründlich zerstört. Die Vorwürfe, die die Gegner Deutschlands gegen dessen Vorgehen in den Julimonaten 1914 erheben können und erheben haben, treffen die Politik des Dreiecksbundes mit der gleichen Schärfe, und was die Marnenote vom 19. Juni 1919 Deutschland als Verbrechen anrechnet, ist von England, Frankreich und Rußland dauernd gleichfalls begangen worden. Der Krieg ist allerdings bei den früheren Zusammenstößen vermieden worden, bei der bosnischen Krise im Jahre 1909, bei der England und Frank- reich bereits Vorbereitungen zur Mobilisation getroffen hatten, freilich nur deshalb, weil der russische Ministerrat zu der Ueberzeugung kam, daß Rußland nicht bereit sei. Wenn die geschichtlich so bedeutsamen Veröffentlichungen in Amerika nicht die erwartete Sensation erregt haben, so liegt dies wohl im wesentlichen daran, daß sie nur vor dem Mund von Szenario abdrucken, im gewöhnlichen Sinne daher nicht aktuell waren. Und doch kann man für die Frage der Kriegsschuld vieles aus ihnen folgern. Nach Poincarés Reise nach Petersburg ist Sasanow überzeugt, daß man einen solchen Mann „mit unbegreiflichem Willen“ und „ohne Zurück“ zur Verantwortung für den Ernstfall brauche“. Poincaré rechtfertigt dieses Vertrauen. Bald nach seiner Rück- kehr beschließt der französische Ministerrat, daß entgegen der früheren Politik, Balkanfragen Frankreichs Interesse direkt betreffen.

Im Jahre 1914 beginnen die Verhandlungen über die englisch-russische Marinekonvention. Durch sie wird „die Hauptsache erreicht werden, nämlich die allzu theoretischen und friedlichen Grundgedanken der Entente durch etwas Greifbares zu ersetzen“. Nimmt man hinzu, daß bei dieser Gelegenheit auch der bekannte Briefwechsel zwischen Grey und Cambon den Russen vertraulich mitgeteilt wurde, und erwidert man andererseits, daß die gesüchtete Annäherung zwischen Deutschland und England sich anbahnte, die russisch-französischen Angriffspläne gegen Deutschland ein schweres Hindernis entgegenkürzte, so wird es erklärlich, warum die Russen die Verträge zur Beilegung des Konfliktes durch ihre plötzliche Mobilisation abkniffen. Der vielleicht letzte Augenblick zum Ausschlagen mußte benutzt werden, obgleich Rußland erst 1916 völlig kriegsbereit gewesen wäre.

### „England kann nicht reich werden, wenn Deutschland arm ist!“

Walter Runciman sagte nach dem „Manchester Guardian“ in einer liberalen Versammlung, die Grundmauer der englischen Politik sei in großem Umfange zerstört. Die Einführung des Zwanges an Stelle der Selbstregulierung wiege schwer, und gerade deswegen habe man allen Anlaß, sich wegen der heutigen Zustände in Irland zu ärgern. Liberale und Freihändler seien verspottet worden als „Wölfe der Bittlichkeit“. Warum auch nicht? Das englische Volk solle sich nicht und kleiden und seine Verfassungen ausstatten mit den Erzeugnissen eines jeglichen Landes, gleichgültig, ob früher verbündet, früher feindlich oder neutral, ohne staatliche Ein-

wirkung. England könne nicht reich werden, indem es Deutschland in Armut verkehren lasse. Er wünsche die Entente wieder als rege Abnehmer der englischen Erzeugnisse zu sehen. Diese Rede ist deshalb so außerordentlich interessant, weil dieser selbe Runciman als Minister während des Krieges jene berühmte Handelskriegsrede hielt, in der es u. a. hieß: „... sollten wir alles tun, um Deutschlands Handel zu vergrößern, zu fördern, zu erweitern und zu vergrößern... So wird es nötig sein, daß wir beim Friedens- schluß darauf achten, daß Deutschland kein Haupt nie wieder erheben kann.“ — So kann man seine Meinung ändern.

## Die Sitzung des Obersten Rates.

Ministerpräsident Briand hat der Presse mitgeteilt, er werde den Alliierten vorschlagen, auf die Tages- ordnung des Obersten Rates nach der Prüfung des oberflächlichen Problems die Frage zu setzen, ob für die ver- bundenen Staaten die Möglichkeit bestehe, in allen huma- nitären Fragen mit den Vereinigten Staaten zusammenzu- arbeiten und sofort Maßnahmen zu treffen, um der Hungers- not im Wolga-Gebiet entgegenzutreten.

## Präsident Hardings Zielbewußtsein.

Nach einer Saanaushebung aus Washington verlautet dort, daß Präsident Harding die Führer der republikanischen Gruppe im Senat davon vorbildlich habe, daß er gegen eine baldige Beilegung des Vorschlags des Senators Borah sei, der darauf abzielte, das frühere Vortrecht der ameri- kanischen Sümpfschiffahrt wiederherzustellen und den Panama- kanal zu benutzen, ohne Abgabe zu bezahlen. Es heißt, Harding wünsche, die Möglichkeit eines Konfliktes mit Groß- britannien und anderen Nationen in der Angelegenheit dieses amerikanischen Vortrechtes zu vermeiden, er rief es vor, daß die Frage erst nach der Abklärung der Ver- sprechungen werde, denn eine frühere Debatte könnte ein Hinder- nis für den Erfolg dieser Konferenz sein. Man glaubt außer- dem, daß Harding vorziehen werde, diese Frage auf diplo- matischen Wege gelöst zu sehen. Nichtsdestoweniger scheint Senator Borah geneigt zu sein, auf der Beilegung dieses Gegenwärtigen zu bestehen.

## Der Danziger Generalstreik zusammen- gebrochen.

Dank dem entschlossenen Vorgehen des Senats, der umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen und allen Staats- und Stadtbewohnern - angestellen, die sich an dem für Donnerstag angelegten Generalstreik beteiligen würden, die Entlassung angekündigt hat, sowie dank der besonnenen Haltung eines erheblichen Teils der Arbeiterchaft ist der Streik so im Keime erstickt. Eisenbahn und Straßenbahn verkehren; die Hafenarbeiter sind fast vollständig zur Arbeit erschienen. Das Straßenbild ist absolut ruhig.

## Die Kossbach-Leute in Schlesien.

Im Kreise Trebnitz bei Breslau waren seit Beginn dieses Monats Abteilungen des früheren Freikorps Kossbach als Landarbeiter bei den Gutsbesitzern der Gegend untergebracht worden. Da sich die Arbeiter des Be- zirks aber durch die Anwesenheit der teilweise bewaffneten Soldaten bedroht fühlten, erhoben sie die Forderung auf Entfernung der Soldaten. Diese Forderung wurde auch auf Staatskommissariat für öffentliche Ordnung verständigt sich der Kreisrat mit Oberleutnant von Kossbach dahin, daß dieser seine Leute anderswo unterbringen würde, wenn die Gutsbesitzer sie, die sich auf ein Jahr verpflichtet hatten, frei- gäben. Bis auf zwei Gutsbesitzer in Trebnitz widerstanden sie alle, dies zu tun, und es kam bei einer Beratung der Besitzer in Trebnitz zu kühnen Aufrufen. Die Menge umlagerte das Haus, in dem die Sitzung stattfand. Einer Hundertschaft der Breslauer Schupo, die man telephonisch herbeirief, gelang es nur mit Mühe und unter heftigen Tumulten, die er- zogenen Massen auseinander zu bringen. Eine große Anzahl Waffen der Kossbach-Leute, insbesondere Handgranaten, wurden auf den Gütern beschlagnahmt.

## Die pommerischen Eidesverweigerer.

Wie erinnert, haben im Kreise Belgard in Pommern eine Anzahl von Amtsvorstehern es abgelehnt, den Eid auf die neue preussische Verfassung zu leisten. Gegen die beiden Führer in dieser Eidesverweigerungsangelegenheit, die Amtsvorsteher Graf v. Kleist-Rohow und v. Traut- schowig, wurde das förmliche Disziplinarverfahren eingeleitet; beide wurden von ihrem Amte suspendiert, während der Regierungspräsident von Köslin die übrigen Eidesver- weigerer in die höchst zulässige Geldstrafe nahm. Einige rechtsstehende Blätter haben die eidesverweigernden Be- amten in Schutz genommen, und deutschnationale Abgeord- nete haben sogar eine kleine Anfrage an die preussische Staatsregierung gerichtet. Sie wiesen darauf hin, daß der Eid von beiden suspendierten Amtsvorstehern bereits als Mitglied des Provinzialparlamentes die Verfassung beschworen habe, daß die Amtsvorsteher sich lediglich gemweigert haben, den Eid in die Hände des damaligen Landrats Dr. Ahrendts abzulegen, weil dieser „durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb seines Amtes der Achtung des Ansehens und des

Vertrauens unwürdig sei, die sein Beruf erfordere“. Der amtliche Preussische Präsident ist betont demgegen- über, daß ein Beamter nicht das Recht habe, sich den Vor- gelegten, dem er den Eid abgesehen habe, selber auszu- wählen. Nach § 56 Absatz 4 der Arbeitsordnung für die öst- lichen Provinzen sind die Amtsvorsteher durch den Landrat zu vereidigen. Durch ihre Weigerung der Aufforderung des Landrats Dr. Ahrendts zur Eidesleistung nachzukommen, haben sich die fraglichen Amtsvorsteher nach § 2 des Diszi- plinargesetzes von 1852 disziplinarisch strafbar gemacht. Die Amtsvorsteher Graf Kleist-Rohow und von Trautschowig seien wegen Anstiftung zu diesem Dienstvergehen suspen- diert worden. Wenn Graf Kleist ab bereits als Mit- glied des Provinzialparlamentes den Eid auf die Verfassung geleistet habe, so falle das für das Vergehen der Anstiftung nicht ins Gewicht. Im übrigen habe die Nachprüfung der gegen den Landrat Dr. Ahrendts erhobenen Beschuldigungen keinen Anlaß zu einem disziplinarischen Einschreiten gegen Dr. Ahrendts gegeben.

## Die Hungertastrophe in Rußland.

Am 3. August, 3. August. Die neuesten Berechnungen der Sowjetstelle veranschlagen die Anzahl der Hungerenden in Rußland auf etwa 25 Millionen Menschen. Die Anzahl der Flüchtlinge, die die Hungergebiete verläßt, wächst von Stunde zu Stunde, so daß man in Sowjetrussland der Ansicht ist, daß sich etwa 10 Millionen Menschen auf dem Marsch befinden. Die Sowjetregierung läßt wieder- holt nach einer Lösung der Ernährungsfrage. 50 Prozent aller höheren Sowjetbeamten sind mobilisiert, um an der Bekämpfung der Hungersnot mitzuarbeiten. Eine starke Veropahtung macht sich in den Kreisen der Räteregierung ganz besonders deshalb geltend, weil die Eintreibung der Natu- ralsteuer kaum irgend welche Erträge einbringt. Die Räteregierung veröffentlicht deshalb einen Aufruf an alle Arbeiter und Verbände, in dem diese aufgefordert werden, das Land vor dem Untergang zu retten. Demgegenüber veröffentlicht das Volkswirtschaftsamt für Rußland wieder an die englische Regierung, daß die russische Regierung um Hilfe gewendet habe. Die Lage in den Hungergebieten ist zwar sehr ernst, aber doch weit ent- fernt von der trostlosen Hoffnungslosigkeit, die phantasi- begabte Berichterstatter weltlicher Zeitungen im Interesse des Kapitalismus beschreiben.

Nach Meldungen, die aus Helfingfors einlaufen, geht Lenin in diesem Augenblick der höchsten Not mit dem Ge- danken um, sich an die russischen Emigrantenteile in Auslande und an die Kommunisten in Paris zu wen- den, um die russische Katastrophe aufzuhalten und um einen Teil der Verantwortung auf diese zu übertragen. Wie man aber in Helfingfors mitteilt, eine derartige Idee ver- wirft die russische Regierung, denn es geht aus einem Artikel der „Araba“ hervor, in dem es heißt: „Wir zu- reden vielleicht gezwungen sein, Rußland zu verlassen, aber wir werden nicht abreißen, ohne vorher die letzten Reste der Vergangenheit zerstört zu haben. Diejenigen, die nach uns kommen werden, sollen das neue Haus auf einem Kirchhof aufbauen!“

Von Helfingfors sind am Montag drei Wagenladungen mit Lebensmitteln für die hungernden Gelehrten in Ruß- land abgegangen. Frankreich hat dafür 800 000 Kilo Lebens- mittel zur Verfügung gestellt und Norwegen, auf das Be- treiben von Professor Frithjof Nansen für 700 000 Kronen.

„Hva Dagligt Alkanda“ in Stockholm melden, daß Rußland von einem Arbeiteraufstand bedroht sei, der sich allmählich, aber sicher unter der Führung der Menschewisten entwidet.

Nach Rigaer Telegrammen kam es vorgeraten auf der Eisenbahnstrecke Moskwa - Woreneich zwischen Flüchtlingen aus den Hungergebieten und den roten Truppenabteilungen zu lebhaften Zusammen- stößen. In die Hungergebiete sind in letzter Zeit neu und zumeist chinesische Truppen entsandt worden, da die übrigen Truppen sich als nicht zuverlässig erwiesen. In Moskwa wurden während der Nacht Plakate an allen Straßenenden angehängt, die die Ausschreitungen: Fort mit Lenin und Trotski! Der Zar allein kann das verzweifelte Rußland vor dem vollstän- digen Untergang retten.

Gestern wurde übrigens auch mit der Verteilung der ersten Lebensmittelgaben begonnen.

## Der Zwischenfall in der Kola-Bucht.

Tromsøes Stillsittende veröffentlicht eine Mitteilung des Chefs der deutschen Minenflottille als Antwort auf eine Anfrage darüber, wie weit die von russischer Seite aufgestellten Behauptungen über den Zwischenfall in der Kola-Bucht den Tatsachen entsprechen. Es heißt in der Erklärung: Sämtliche Behauptungen sind unan- wahr. Die Flottille ist in die Kola-Bucht eingelaufen, um in Übereinstimmung mit dem Friedensvertrage Minen auf- zuhauen. Trotzdem eine Mitteilung über diese friedliche Wid- richt dem russischen Wächter gemeldet worden war, wurden wir von einem russischen Boot beschossen. Das Boot wurde erwidert und das Boot zum Schwere ge- macht. Darauf wurde das Minenboot zurückgezogen und die Flottille letzte Befehls gemäß nach Nordwest





